

Wochenblatt für Wilsdruff

Charandt, Nossen, Siebenlehn und die Umgegenden.

Amtsblatt

für die Kgl. Amtshauptmannschaft Meissen, für das Kgl. Amtsgericht und den Stadtrath zu Wilsdruff, sowie für das Kgl. Forstrentamt zu Charandt.

Erscheint wöchentlich dreimal und zwar Dienstags, Donnerstags und Sonnabends. — Bezugspreis vierteljährlich 1 Mk. 30 Pf., durch die Post bezogen 1 Mk. 55 Pf. Inserate werden Montags, Mittwochs und Freitags bis spätestens Mittags 12 Uhr angenommen. — Insertionspreis 10 Pfg. pro dreigespaltene Corpusszeile.

Druck und Verlag von Martin Berger in Wilsdruff. — Verantwortlich für die Redaktion Martin Berger in Wilsdruff.

No. 110.

Donnerstag, den 17. September

1896.

Bekanntmachung.

Den 30. dieses Monats wird

1. der II. Termin **Staats-Einkommensteuer** und
2. der III. Termin **Eandrente und Landeskulturrente;**

den 1. kommenden Monats

3. der II. Termin **Immobilien-Brandversicherungs-Beiträge und Beiträge zur freiwilligen Versicherungs-Abtheilung** nach 1 Pf. bez. 1 1/2 Pf. für die Beitragseinheit,
4. das III. Vierteljahr **Schulgeld** für Schüler der Bürger- und Fortbildungsschulen

fällig.

Diese Gefälle sind und zwar unter 1. bis spätestens den 21., unter 2. bis spätestens den 5. und unter 3. und 4. bis spätestens den 14. kommenden Monats an die Stadtkämmerei zu entrichten.

Unmittelbar nach Ablauf dieser Fristen werden an die sämmtlichen Zahlungspflichtigen **Mahnungen**, für die gesetzlicher Vorschrift zufolge eine **Gebühr von je 10 Pfennigen** zu entrichten ist, erlassen, alsdann aber die rückständigen Beträge **unverzüglich zwangsweise** beigetrieben werden.

Bezüglich der **Einkommensteuer** wird hiermit noch bekannt gegeben, daß nach § 47 des Einkommensteuergesetzes vom 2. Juli 1878 **Derjenige**, welcher im Laufe des Steuerjahres beitragspflichtig wird, dies binnen 3 Wochen, vom Eintritte des die Beitragspflicht begründenden Verhältnisses an gerechnet, der Gemeindebehörde anzuzeigen und ihr auf Erfordern die zur Feststellung seines Steuerbetrages nötigen Angaben zu machen hat. Nach § 72 desselben Gesetzes kann mit Geldstrafe bis zu 50 M. belegt werden, wer die vorgeschriebene Anzeige seines Eintritts in ein die Beitragspflicht begründendes Verhältniß unterläßt. Unter Hinweis auf diese Bestimmungen ergeht daher an alle Personen, welche im Laufe dieses Jahres in hiesiger Stadt beitragspflichtig geworden sind oder noch werden, bez. an deren gesetzliche Vertreter hiermit die Aufforderung, schriftlich oder mündlich bei unserer vorerwähnten Stassenstelle entsprechende Anzeige zu erstatten.

Wilsdruff, am 16. September 1896.

Der Stadtrath daselbst.

Bursian, Bequfür.

Bekanntmachung.

Bis zum 30. dieses Monats sind die **Einquartierungs-Vergütungen** auf Monat **August**, soweit dieselben von den verquartierten Mannschaften (Einjährig-Freiwilligen pp.) nicht selbst zu tragen waren, gegen Rückgabe der Quartier-Bescheinigungen in unserer Stadtkämmerei abzugeben.

Hierbei wird den Abhebungsberechtigten zur Pflicht gemacht, etwaige Abweichungen der bescheinigten von der **wirklichen** Quartier- und Verpflegungsleistung vorgekommener Stassenstelle anzuzeigen.

Soweit die Vergütungen bis zu obigem Termine nicht erhoben sind, **verfallen** sie der **Stadtkasse**.

Wilsdruff, am 16. September 1896.

Der Stadtrath daselbst.

Bursian, Bequfür.

Tagesgeschichte.

Die Nothwendigkeit des Bestehens einer konservativen Partei im konstitutionellen Staate bestritten kein verständiger Politiker. Das geflügelte Wort eines geistvollen Engländer: „Gäbe es keine konservative Gegenpartei im Parlament, so müßte man sie noch heute schaffen“ gilt in unseren Tagen genau so, wie vor einem halben Jahrhundert, für Deutschland ebenso, wie für England. Leider aber ist die Lage der deutschen konservativen Partei zur Zeit nichts weniger als befriedigend. Die politischen Umstände haben die großen Gesichtspunkte in der Parteitaktik verdrängt und so auch der ruhigen Ermüßigung über den Nutzen eines weitgehenden Einflusses der konservativen Bestrebungen auf die Gesetzgebung und Staatspolitik keinen Raum mehr gestattet. Jede Partei denkt nur an den eigenen Vortheil und scheint ganz besonders in der konservativen Partei eine gefährliche Mitbewerberin fürchten zu sollen; wenigstens reichen sich fast alle anderen Parteien die Hand, um ihr den Boden abzugraben, — sie einem nachhaltigen Kreuzfeuer von Angriffen und Verdächtigungen auszusetzen, damit möglichst irrgen Anschauungen über das wahre Wesen des Konservatismus im Volk verbreitet werden. Das trägt bei den Wahlen seine Früchte. Nichtsdestoweniger würde die konservative Partei über diese Anfeindungen wegen ihrer Maßlosigkeit und selbst über die Wahlbündnisse der Gegner wegen ihrer Unnatürlichkeit noch ungefährdet hinwegkommen, wenn nicht durch die Zerplitterung in den eigenen Reihen ihre Kraft geschwächt würde. In der Absonderung mehrerer neuen, angeblich selbst vornehmlich die Ursache der mißlichen Lage der konservativen Partei abzufinden, wenn sie ihre alte Macht wiedergewinnen will. Aber wie soll sie dies anfangen? Die Zerstückelung im Lager der preussischen Konservativen — bei uns in Sachsen liegen ja die Verhältnisse erfreulicherweise erheblich besser — beweist deutlich, daß Fehler in der Leitung der Partei begangen sind, — daß es ebenso an sachlichem Geschick und an Klarheit der zu verfolgenden Ziele, wie an einer straffen Parteiorganisation gemangelt hat. Hier also wird der Hebel anzusetzen sein. Die Partei bedarf taktischer geschulter Männer mit fester Hand und weitem Ueberblick über das Ganze, die sie erst wieder auf ihrem früheren Untergrund stellen und volle Klärung der ver-

wirrten Meinungen schaffen. Sie bedarf einer straffen und einheitlichen Organisation, einer guten Presse und einer rührigen Agitation. Die Mäßigkeit aller konservativen Elemente ist ein Haupterforderniß für einen neuen Aufschwung der Partei. Wird dies erreicht, so ist ein umfassender Erfolg unschwer zu erzielen, denn die konservative Partei ist die geborene Vertreterin des monarchischen Gedankens, die berufene Hüterin von Thron und Altar, ein Hort für vaterländische Ehre, Ordnung und Gerechtigkeit, die Trägerin des gesunden, an die geschichtliche Entwicklung anknüpfenden Fortschritts. Damit ist ihr von vornherein eine breite und sichere Basis sowohl für ihr parteitaktisches Verhalten im Parlament, als auch für eine erfolgreiche Werbethätigkeit in der Bevölkerung gegeben, und es bedarf nur der erforderlichen Thatkraft und Geschicklichkeit, um die breiten Massen zu überzeugen, daß die Interessen des Nationalstaates im konservativen Lager ihre zweckmäßige Förderung finden.

Der Verlauf der Begegnung zwischen Kaiser Nikolaus II. und Kaiser Wilhelm II. in Breslau hat, wie jetzt der „Polit. Kor.“ aus Petersburg geschrieben wird, auch dort anfrüchtige Befriedigung hervorgerufen. In voller Uebereinstimmung mit der über dieses Ereigniß in den russischen Regierungskreisen herrschenden Auffassung erblickt auch die russische Presse darin ein weiteres Pfand für die Befestigung des europäischen Friedens, sowie auch die Wiener Kaiserzusammenkunft als solches aufgefaßt wurde. In den maßgebenden Kreisen Petersburgs und in der öffentlichen Meinung Rußlands giebt man übereinstimmend der Ueberzeugung Ausdruck, daß die bloße Thatsache der Besuche, welche der Czar den Herrschern der beiden benachbarten Staaten abgestattet hat, eine Gewähr für die friedlichen Absichten der drei Monarchen biete; denn sie beweise, daß die drei Herrscher fest entschlossen seien, die bekannten Mächtegruppierungen durchaus nicht zu aggressiven Tendenzen zu neigen, sondern sie als Mittel behufs Aufrechterhaltung eines notwendigen Gleichgewichtes der Kräftevertheilung in Europa zu betrachten. Man erblickt in der herzlichsten Begrüßung, welche dem russischen Kaiserpaar seitens der Bevölkerung in Breslau und Wien zu Theil wurde, sowie in den freundlichen Aeußerungen der deutschen und der österreichisch-ungarischen Presse über die Monarchenbegegnungen eine willkommene Uebereinstimmung der Auffassung der öffentlichen Meinung in den Nachbar-

staaten über die Czarenbesuche mit jener, die in allen russischen Kreisen vorherrscht. Die russische Presse hebt des Weiteren mit Befriedigung hervor, daß diese günstigen Beziehungen zwischen den drei Kaiserreichen nicht nur eine Garantie für die Aufrechterhaltung des europäischen Friedens bilden, sondern auch die Möglichkeit für die gemeinliche Vertheidigung der nationalen Interessen der drei Staaten bieten, wo immer dieselben bedroht werden mögen. Man weist in dieser Hinsicht darauf hin, daß ein solcher Fall für Rußland und Deutschland nach Beendigung des sinesisch-japanischen Krieges bereits eingetreten sei und auch hinsichtlich Oesterreich-Ungarns bei anderen Gelegenheiten sich ergeben könne. Ebenso schließt sich Frankreich den gleichen Tendenzen an, wie sich in der Liao-Tong-Frage, in der armenischen und in der kreischischen Angelegenheit deutlich gezeigt habe, wo sich die Republik der durch die Umstände hervorgerufenen Entente der Mächtegeschlossen habe, um die Gefahren, welche dem Frieden durch die erwähnten Wirren drohten, gemeinlich zu erlösen. Die russische Presse hat außerdem der Hoffnung Ausdruck gegeben, daß diese Uebereinstimmung der Richtung der allgemeinen Politik der Kaiserreiche sich als wirksames Mittel erweisen werde, um die Sonderbestrebungen der englischen Politik zu paralysiren, welche nach der Meinung der russischen Zeitungen unlänglich der jüngsten Unruhen in Konstantinopel und in den Commentaren der englischen Presse bei Gelegenheit des Todes des Fürsten Lobanow abermals zu erkennen waren. Dieses Mißtrauen gegen England will nicht weichen, und speziell mit Rücksicht darauf werden in der gesammten russischen Presse die günstigen Umstände, unter denen sich die Begegnungen der Herrscher von Rußland, Deutschland und Oesterreich-Ungarn vollzogen haben, mit besonderer Befriedigung begrüßt. Und wie schon hervorgehoben, die russischen Regierungskreise betrachten diese Ereignisse genau unter denselben Gesichtspunkten.

Freiheit, Gleichheit, Brüderlichkeit! — das ist der stolze Wahlspruch, den die Sozialdemokratie sich auf die Fahne geschrieben hat. Das sind die bezaubernden Schlagworte, die sie auf die Massen wirken läßt. Mancher hat sich von ihnen verlocken lassen, viele folgen dem rothen Banner in dem Glauben, einer gerechten Sache zu dienen. Und doch sind sie im Irrthum. Es giebt keine Partei, die in der Praxis ihre Theorie so auf den Kopf stellt,